

IHK-Regionalausschuss Ebersberg

Positionen zu der Kommunalwahl 2026

Auf einen Blick

Die Qualität des Wirtschaftsstandorts Ebersberg ist entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung des Landkreises und seiner Kommunen. Eine gut ausgebaute Infrastruktur, ein funktionierender Arbeitsmarkt sowie eine unternehmensfreundliche Verwaltung schaffen ein Umfeld, in dem Betriebe wachsen und Wohlstand für die Region erwirtschaften können. Für den IHK-Regionalausschuss Ebersberg als Vertreter von über 11.000 Unternehmen im Landkreis sind deshalb die nachfolgenden Handlungsfelder von besonderer Bedeutung.

- Planung/Genehmigung, moderne Verwaltung und kommunale Abgaben: kunden- und lösungsorientiert, digital, schlank, schnell und wettbewerbsfähig
- Mobilität und Verkehrsinfrastruktur: belastbar und aufeinander abgestimmt
- Arbeits- und Fachkräftesicherung: unterstützend, schnell und unkompliziert

Planung/Genehmigung, moderne Verwaltung und kommunale Abgaben: kunden- und lösungsorientiert, digital, schlank, schnell und wettbewerbsfähig

Kunden- und lösungsorientierte Verwaltung anbieten

- Erlaubnis-, Lösungs- und Vertrauenskultur von der Politik in die Verwaltung tragen.
- Entscheidungsbefugnisse für Mitarbeiter erweitern, sie zur Ausschöpfung der Ermessensspielräume im Sinne der Kunden motivieren und ihnen die dafür notwendige Rückendeckung geben.
- Interdisziplinäre Zusammenarbeit und Austausch innerhalb der Verwaltung fördern und stärken.
- Telefonische und digitale Erreichbarkeit sicherstellen.

Potentiale der Digitalisierung heben und Prozesse optimieren

- Verwaltungsprozesse konsequent optimieren, durchgängig "Ende zu Ende" digitalisieren und weitestgehend automatisieren. Interne Abläufe (z.B. digitale Umlaufmappen, parallele Bearbeitung) und externe Schnittstellen (z.B. Unternehmenskonto) effizient vernetzen.
- Auf bayern- und bundesweit einheitliche digitale Standards und Anwendungen statt auf individuelle, maßgeschneiderte IT-Lösungen setzen. Ziel muss sein, dass Unternehmen alle Verwaltungsprozesse aller föderalen Ebenen über einen einheitlichen Log-In abwickeln können.
- Moderne, digitale und KI-gestützte Informations- und Kommunikations-Tools zur schnelleren und effizienteren Abwicklung von Anfragen und Sachstandsankünften etablieren.
- Unternehmen frühzeitig bei Entwicklung als Power-User einbinden, um praxisnahe und nutzerorientierte Lösungen zu erreichen.

Bauverwaltung serviceorientiert aufstellen

- Einführung eines verpflichtenden, frühzeitigen Austauschgebots („Phase 0“) zwischen Bauherren bzw. Vorhabenträgern und Bauämtern, kommunalen Planungsbehörden sowie relevanten Entscheidungsträgern, um potenzielle Unklarheiten frühzeitig zu klären, Konflikte zu vermeiden und den Prüf- und Genehmigungsprozess zu beschleunigen.
- Unternehmen proaktiv bei der Schaffung von Mitarbeiterwohnen unterstützen, sofern baurechtlich sinnvoll umsetzbar (z.B. Flächenpotenziale gemeinsam ausloten, PPP-Modelle).

Baurechtliche Hemmnisse und ausufernde Bürokratie vermeiden

- Nachweiserfordernisse, wie beispielsweise externe Beratungs- und Gutachterleistungen reduzieren, um widersprüchliche und wirtschaftlich nicht vertretbare Anforderungen zu vermeiden.
- Übermäßige Sozial-, Klima- und Umwelanforderungen wie verpflichtende Dachflächenbegrünungen bei Baulandentwicklung auf ein Maß beschränken, das die Wirtschaftlichkeit von Vorhaben nicht gefährdet.
- Interkommunale Planungsinstrumente und Projekte stärken.
- Kommunale Stellplatzsatzungen an tatsächlichen Bedarfen ausrichten und Kosten berücksichtigen.

Wirtschaftlichkeit stärker in Haushaltsführung verankern

- Höhere und neue kommunale Steuern oder Abgaben ausschließen, wettbewerbsfähige Gewerbesteuerhebesätze sicherstellen.
- Verpflichtende Effizienz- und Effektivitätskontrollen bei neuen Vorhaben einführen und möglichst Eins-zu-Eins-Beziehung zwischen politischen Zielen und Steuerungsinstrumenten schaffen.

Mobilität und Verkehrsinfrastruktur: belastbar und aufeinander abgestimmt

Infrastruktur für alle Verkehrsträger bedarfsgerecht und aufeinander abgestimmt ausbauen sowie die Instandhaltung und Nutzbarkeit sicherstellen

- Integriertes und interkommunal abgestimmtes Verkehrskonzept entwickeln, in dem einzelne Teilstrategien aufeinander abgestimmt werden. Beispielsweise braucht es ein Gesamtkonzept für einen besseren Verkehrsfluss auf der B304.
- Kosteneffiziente Instandhaltung durch entsprechende Priorisierung von anfallenden Instandhaltungsmaßnahmen sicherstellen.
- Rastflächen für Schwerlastverkehr mit funktionierenden Sanitäreinrichtungen sicherstellen, um den Verkehrsfluss auf der Straße nicht zu gefährden.
- Bedarfsgerechte Ladeinfrastruktur für E-Wirtschaftsverkehr und für gewerbliche Mobilitätsanbieter baurechtlich ermöglichen und Genehmigungsprozesse beschleunigen.
- Intelligente Ampelschaltungen für eine effiziente Nutzung der Verkehrswege einsetzen.
- Lärmschutzanforderungen möglichst wirtschaftsfreundlich auslegen.
- Umfänglichere Nutzung bestehender, privater Infrastruktur (z.B. Parkhäuser von Einkaufszentren) anstreben.
- Zügige Baustellenfertigstellungen sicherstellen und Anzahl der Baustellen durch Abstimmung verschiedener Gewerke sicherstellen, z.B. Glasfaserausbau und Straßensanierungen zusammen denken. Baustellen interkommunal aufeinander abstimmen, um tragbare Umleitungsoptionen anbieten zu können.

ÖPNV verlässlich und nutzerorientiert gestalten

- Nutzung eingeführter Verbindungen evaluieren und bei entsprechender Auslastung langfristig weiterfinanzieren, um bei den Nutzern langfristige Planbarkeit zu schaffen.
- Störungsfreies ÖPNV-Angebot sicherstellen, um eine attraktive Alternative zum Individualverkehr zu schaffen. Insbesondere die S-Bahn muss verlässlicher werden.

Arbeits- und Fachkräftesicherung: unterstützend, schnell und unkompliziert

Nachfrage der öffentlichen Hand nach Arbeitskräften eindämmen

- Bürokratie konsequent abbauen und Verwaltung zielgerichtet digitalisieren, um Aufgabenerfüllung ohne Personalzuwachs sicherzustellen.
- Stärker auf Kernaufgaben der öffentlichen Verwaltung konzentrieren.

Erwerbstätigkeit von Eltern erleichtern und Verwaltungseffizienz in Betreuungseinrichtungen steigern

- Kostengünstige und verlässliche Betreuungsangebote bis zum Ende der Grundschule mit Hausaufgabenbetreuung und Aktivitätsangeboten sicherstellen.
- Bedarfsgerechte Betreuungsangebote, auch für Kinder unter drei Jahren, schaffen, die über flexible Öffnungszeiten verfügen und auch Randzeiten abdecken, um „untypische“ Arbeitszeiten zu ermöglichen.
- Kitagebühren so ausgestalten, dass sich Arbeits- und damit einhergehende Betreuungszeitausweitungen finanziell lohnen.
- Verwaltungsaufgaben in Kindergärten so weit wie möglich reduzieren und effiziente Lösungen suchen, um Erziehungspersonal zu entlasten sowie höhere Betreuungskapazitäten zu erreichen, zum Beispiel durch Verwaltungsunterstützung aus der Kommunalverwaltung oder durch zentrale Verwaltungsstellen.
- Landkreisweite Plattform, bei der sich Eltern zentral für präferierte Kinderbetreuungsplätze bewerben können, um die aufwendigen Bewerbungen in den Einzeleinrichtungen überflüssig zu machen.

Alle inländischen Potenziale nutzen und Zuwanderung von Ausbildungs- und Arbeitskräften erleichtern

- Bezahlbaren Wohnraum für Arbeitskräfte schaffen, unter anderem durch breite kommunale Unterstützung der WohnBaugesellschaft Ebersberg.
- Zuwanderung von Fachkräften und Beschäftigung von Geduldeten erleichtern, insbesondere durch wirtschaftsfreundliche Auslegung aufenthaltsrechtlicher Verfahren in der Ausländerbehörde.



„Wirtschaft und Verwaltung sollten gemeinsam an einem Strang ziehen. Wenn Kommunen als Möglichmacher agieren, profitieren Alle – Betriebe, Bürger und die Region.“

Sonja Ziegltrum, Vorsitzende des Regionalausschusses Ebersberg

Die Fokusthemen zu den Kommunalwahlen 2026 wurden vom IHK-Regionalausschuss Ebersberg am 22.09.2025 mit 9 Zustimmungen, 0 Enthaltungen und 0 Gegenstimmen beschlossen.

Die IHK für München und Oberbayern

Die Industrie- und Handelskammer (IHK) für München und Oberbayern ist die größte IHK Deutschlands. Sie vertritt über 400.000 Unternehmen verschiedenster Branchen, Größenklassen und Rechtsformen. Die IHK ist eine „Körperschaft des öffentlichen Rechts“. Beste Rahmenbedingungen für den wirtschaftlichen Erfolg ihrer Mitgliedsunternehmen zu schaffen, ist ihr oberstes Ziel. Durch engen Austausch mit Entscheidungsträger/-innen aus Politik und Verwaltung sorgt die IHK dafür, dass die Anliegen der Unternehmen gehört werden. Eine gesetzliche Mitgliedschaft sichert, dass alle Mitglieder ihre Interessen gleichermaßen einbringen können. Sie macht die IHK unabhängig von großen Beitragszahlern oder staatlichen Zuwendungen und gewährleistet ihre parteipolitische Neutralität.

Ansprechpartner:

Anja Sperr ☎ 089 5116 – 1532 @ anja.sperr@muenchen.ihk.de
Jochen Wiegmann ☎ 089 5116 – 1200 @ wiegmann@muenchen.ihk.de



ihk-muenchen.de



ihk-muenchen.de/newsletter



/company/ihk-muenchen



/pages/ihk-muenchen



/ihk.muenchen.oberbayern



@IHK_MUC